

Interview: Porträts
von Rathauschefs

„Jeder weiß, was er tut, was er kann und was er ist“



Joachim Feigl,
Fotograf aus Stuttgart

Joachim Feigl ist eigentlich Psychologe bei Daimler in Stuttgart. Dort erforscht er die Märkte der Zukunft, wie zum Beispiel Elektromobilität. In seiner Freizeit fotografiert er unterschiedliche Berufsgruppen, begonnen hat er mit Archivaren und Geistlichen. Nun hat er 32 Bürgermeister aus Baden-Württemberg in ihren Amtsstuben porträtiert, darunter Rathauschefs von kleineren Gemeinden und von großen Städten (siehe Kasten). Im Interview spricht er über seine Beobachtungen während seiner kurzen Zeit in der Kommunalpolitik.

Staatsanzeiger: Herr Feigl, wie kamen Sie auf die Idee, Rathauschefs zu fotografieren?

Joachim Feigl: Nachdem ich Archivare und Geistliche porträtiert hatte, habe ich mir viele Gedanken gemacht, was das nächste Projekt sein könnte. Der Auslöser war letztendlich, dass ich in der Zeitung einen Artikel über Bürgermeisterwahlen gelesen habe. Da ging bei mir das Kopfkino los und ich dachte, dass das ein spannendes Thema sein könnte.

Gibt es Gemeinsamkeiten, die diese drei Berufsgruppen verbinden?

Das ist eine interessante Frage. Alle drei machen ihren Job mit einer großen Leidenschaft und haben einen sehr vielfältigen Beruf. Aber natürlich gibt es auch viele Unterschiede.

Welche Unterschiede gibt es unter den Rathauschefs?

Bei den Bürgermeistern hängt viel davon ab, wie groß die jeweilige Stadt oder Gemeinde ist. Die Größe hat viel mit der jeweiligen Rolle



Die kleinste Gemeinde in Baden-Württemberg ist Böllen im Landkreis Lörrach. Bruno Kiefer ist der ehrenamtliche Rathauschef. FOTO: FEIGL

Fotograf will Einzigartigkeit der Persönlichkeit erfassen

Die Serie „Schultes“ hatte zunächst den vielsagenden Arbeitstitel „Mensch. Raum. Macht“. Dafür hat Joachim Feigl 32 Rathauschefs aus Baden-Württemberg in ihren Büros fotografiert, darunter die Oberbürgermeister von Mannheim, Freiburg und Konstanz. Zusätzlich hat er 18 Portraits in Schwarz-Weiß aufgenommen. „Ziel des Fotoprojektes war es, die Einzigartigkeit der Persönlichkeiten

ebenso zu erfassen wie die Unterschiedlichkeit der Kontexte und Rollen“, erklärt Feigl auf seiner Internetseite.

Die Bilder sollen nun dort zu sehen sein, wo sie aufgenommen wurden – in den Rathäusern. Zunächst will die Stadt Filderstadt die Porträts ausstellen. Als nächstes plant Feigl eine Fotoserie über Jazzmusiker.

www.jfeigl.de

zu tun. Der Rathauschef einer Großstadt ist eher ein Top-Manager. In einer kleinen Kommune hat der Bürgermeister eine andere Art von Professionalität. Hier gibt es keinen Mitarbeiterstab und auch einen anderen Umgang mit Medien. Diese Bürgermeister sind es oft nicht so gewohnt, vor einer Kamera zu stehen.

Wie äußert sich das?

Sie sind ungeübter darin, wie sie die Gestik und Mimik gezielt vor der Kamera einsetzen. Dafür wirken sie deutlich natürlicher und authentischer.

Wie unterscheiden sich die Büros voneinander?

In Großstädten sind die Büros der Rathauschefs groß und repräsentativ, in kleineren Kommunen sind sie manchmal schon sehr klein.

Zum Teil werden die Zimmer auch noch als Abstellräume genutzt. Gleichzeitig habe ich keinen Bürgermeister erlebt, der in seiner Rolle nicht sehr selbstbewusst und sicher ist. Jeder weiß, was er tut, was er kann und was er ist.

Wenden Sie auch Tricks an, um hinter die Fassade zu blicken?

Nein, wichtig ist mir, eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Porträtierten sie selbst sein können. Ich positioniere sie auch nicht, es sei denn, es wäre total unvorteilhaft. Letztlich ist es wichtig, dass man dem Fotografen vertraut, dass er etwas Gutes daraus macht. Zudem hatte ich oftmals recht wenig Zeit, das waren manchmal nur 15-Minuten-Termine.

Welches Fazit ziehen Sie aus Ihrer kurzen Zeit in der Kommunalpolitik?

Mein Respekt vor Bürgermeistern ist durch dieses Projekt deutlich gestiegen. Ich finde, sie sind viel-

schichtige Menschen mit einer interessanten Tätigkeit. Gerade auch vor dem Zeitaufwand des Berufs habe ich großen Respekt, das ist zum Teil enorm. Mehr oder weniger jeden Tag und oft bis spät in die Nacht müssen sie ihrer Rolle gerecht werden. Bei den meisten kam rüber, dass sie sich verantwortlich für die Menschen fühlen.

Verdienen Sie mit den Bildern und den Ausstellungen Geld?

Nein, Sie können sich vorstellen, dass die Ausrüstung nicht ganz billig ist. Hinzu kommt der Zeitaufwand auch für die Filmentwicklung, da ich die Bilder analog gemacht habe. Letztendlich finanziere ich auch die Ausstellung, das heißt, ich stelle die Rahmen und Bilder, die jeweilige Kommune die Räume.

Das Gespräch führte Philipp Rudolf

Salomon erteilt Absage an Kandidatenprojekt

FREIBURG. Der Oberbürgermeister von Freiburg, Dieter Salomon (Grüne), will nicht an einem von der Landeszentrale für politische Bildung entwickelten Kandidat-O-Mat für die Rathauswahl teilnehmen. Das neu entwickelte Projekt musste beendigt werden, schrieben mehrere Medien am vergangenen Wochenende.

Salomons Argumentation für seine Absage: Er sei bereit, stundenlang inhaltlich zu diskutieren. Ein Kandidat-O-Mat aber, bei dem man nur mit ja oder nein antworten könne, sei der Tod jedes Arguments. Dem SWR sagt er: „Ich bin alt genug, um nicht mehr über jedes Stöckchen, das man mir hinhält, springen zu müssen. Und ich glaube auch nicht, dass man mit so primitiven Fragen Leute für Politik begeistern kann.“ An dem Projekt hatten 20 Jugendliche und junge Erwachsene gearbeitet.

Die Landeszentrale für Politische Bildung zeigte laut dem SWR kein Verständnis für die Haltung des Rathauschefs. Es gehe um aktuelle kommunalpolitische Themen, ausgearbeitet von engagierten jungen Menschen. (lsw/sta)

Neckartor in Stuttgart sauberer als in den Vorjahren

STUTTGART. Der Luftaustausch macht das Neckartor in der Landeshauptstadt sauberer als in den Vorjahren: An zehn Tagen in diesem Jahr wurde dort bis zum Montag der Feinstaub-Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft überschritten. Nach weiteren Angaben der Landesanstalt für Umwelt in Karlsruhe waren es zu diesem Zeitpunkt im vergangenen Jahr 35 Tage – ab dem 36. Tag gilt der jährliche EU-Grenzwert als gerissen. Im Jahr 2016 waren es 26 Tage.

Eine Expertin der Landesanstalt erläuterte, dass der derzeitige gute Wert der Witterung geschuldet sei. In den Vorjahren sei der Luftaustausch eher gering gewesen. Die Stadt hat am Sonntag den sechsten Feinstaubalarm in diesem Jahr ausgerufen. Der Alarm wird in Stuttgart seit Anfang 2016 immer von Mitte Oktober bis Mitte April ausgerufen. (sta)

Auch Mannheim hat jetzt eigenen Mehrwegbecher

MANNHEIM. Nach Städten wie Freiburg oder Tübingen hat jetzt auch Mannheim ein eigenes Mehrwegbechersystem.

Den wiederverwertbaren Becher hat die Stadt am Dienstag vorgestellt. Zu erwerben gibt es ihn in Cafés, Bäckereifilialen und weiteren

Verkaufsstellen in der Innenstadt. Nach Angaben der Stadt landen in Mannheim jeden Tag 32.000 Einwegbecher im Müll. Die städtische Kampagne „Bleib deinem Becher treu!“ soll das Problem aufgreifen und Nachhaltigkeit und Coffee-to-go in Einklang bringen. (sta)

Gerichtsentscheidung

Bekanntgabe von Gemeinderatssitzungen ist auch per Internet möglich

Stadt hatte Tagesordnungspunkte zudem im örtlichen Schaukasten veröffentlicht

MANNHEIM. In einem aktuellen Beschluss nahm kürzlich der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg die öffentliche Bekanntgabe von Gemeinderatssitzungen in den Blick. Laut Beschluss kann auch die Bekanntgabe per Internet den Anforderungen der Gemeindeordnung genügen.

Gemeinderat wollte Sitzungen über Internetseite veröffentlichen

Städte und Gemeinden müssen, wenn sie eine öffentliche Gemeinderatssitzung einberufen, Zeit, Ort und Tagesordnung rechtzeitig ortsüblich bekanntgeben. Üblich sind in vielen Kommunen nach wie vor der Aushang im Rathausschaukasten oder auf der gemeindlichen Anschlagtafel sowie die Veröffentlichung im Amtsblatt oder der örtlichen Zeitung.

In der heutigen Zeit fragt sich, ob die Bekanntgabe nicht auch über das Internet erfolgen darf. Laut Beschluss des VGH ist dies jedenfalls nicht ausgeschlossen.

Im entschiedenen Fall hatte der Gemeinderat beschlossen, dass die Bekanntgabe der Sitzungen künftig ausschließlich über die städtische Internetseite erfolgen soll. Daneben sah der Gemeinderat „als freiwilliges Serviceangebot“ einen Aushang der Tagesordnung im Schaukasten der Kommune vor.

Dass eine solche Form der Bekanntgabe durchaus „ortsüblich“ sein kann, bejahten jetzt die VGH-Richter. Sie verwiesen dabei auf die im Jahr 2016 in die Gemeindeordnung aufgenommene Regelung über die Veröffentlichung von Informationen (Paragraf 41b), die eine Bekanntmachung über das Internet billigt. Die Beratungsunterlagen sind ausdrücklich auf der Internetseite der Gemeinde zu veröffentlichen.

Die Regelung über öffentliche Bekanntgaben von Gemeinderatssitzungen blieb damals zwar unverändert. In der Neuregelung, so der VGH, komme jedoch „die gesetzgeberische Grundentscheidung zum Ausdruck, dass die Veröffentli-

chung im Internet geeignet ist, die Bürgerschaft zu informieren.“ Wichtig sei dabei, dass für die Einwohner eine „zumutbare Möglichkeit der Kenntnisnahme“ eröffnet wird. Dies hänge vor allem von den tatsächlichen Umständen in der betreffenden Gemeinde ab, so die Richter. Ein geändertes Mobilitätsverhalten der Einwohner könne beispielsweise dazu führen, dass der bisherige Aushang an der Gemeindetafel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Entsprechendes gelte etwa im Falle von Veröffentlichungen in der örtlichen Zeitung bei einem deutlich gesunkenen Verbreitungsgrad der Zeitung.

Bekanntgabe muss „tatsächlichen Verhältnissen“ entsprechen

Im entschiedenen Fall hatten die Richter auch mit Blick auf das „freiwillige Serviceangebot“, den Aushang der Tagesordnung, jedenfalls keine Einwände.

Sollte die Stadt den Aushang in

Zukunft aufgeben, müsse sie aber prüfen, ob die Bekanntgabe nur über das Internet „nach den dann bestehenden tatsächlichen Verhältnissen“ ausreicht. Im Zweifel genügt den Anforderungen laut Beschluss aber schon die Bereitstellung eines Computers mit Internetzugang im Rathaus oder der gemeindlichen Bibliothek (Aktenzeichen 1 S 2146/17).

Von Johannes Buschbeck,
Richard Boorberg Verlag



LESEN SIE MEHR
zu Gesetzen und Gerichtsentscheidungen unter: www.vd-bw.de

Geschäftsverbindungen

am hochrhein
gailingen

Die Gemeinde Gailingen am Hochrhein sucht einen Investor für den Bau und/oder den Betrieb einer

Stationären Altenhilfeeinrichtung (Pflegeheim)

mit ca. 50 Plätzen auf der Grundlage der Landesheimbauverordnung. Ein baureifes Grundstück mit ca. 3000 m² kann von der Gemeinde angeboten werden.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum **08. Mai 2018** auf der Grundlage eines Konzeptes an die Gemeinde Gailingen, Bürgermeister Heinz Brennenstuhl, Hauptstraße 7, 78262 Gailingen am Hochrhein, Tel. 07734-93030, E-Mail: heinz.brennenstuhl@gailingen.de zu wenden.